

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der CDU, DIE LINKE und der FDP**Die Rechte intersexueller Menschen schützen und gesellschaftliche Akzeptanz schaffen**

Der Fall der südafrikanischen 800-Meter-Läuferin und Weltmeisterin Caster Semenya hat jene Menschen, die sich biologisch nicht eindeutig in die Kategorien „Mann“ und „Frau“ einordnen lassen, ins gesellschaftliche Bewusstsein gerufen. Unser soziales und rechtliches Ordnungssystem orientiert sich aber bisher ausschließlich an diesen männlich/weiblichen Geschlechtskategorien. Darunter leiden viele intersexuelle Menschen.

So werden Kinder, deren Körper unterschiedliche Geschlechtsmerkmale aufweisen, nach ihrer Geburt häufig genitalangleichenden Operationen ausgesetzt, die ihnen ein weibliches oder männliches Geschlecht zuzuweisen versuchen. Diese Zuweisung ist ein schwerer Eingriff in die Identität und die sexuelle Selbstbestimmung der betroffenen Menschen und führt häufig zu Depressionen, nicht selten auch zu Suiziden.

Genaue Zahlen über die Anzahl der Betroffenen in Bremen sind nicht bekannt, weil Intersexualität in verschiedenster Ausprägung auftritt und noch nicht zusammengefasst erhoben wurde. Auch fehlt es an professioneller Hilfestellung und Unterstützung. Angehörige und Betroffene brauchen Ansprechpartnerinnen und -partner, die sie beraten und ihnen den psychischen Druck einer – zu frühen – Entscheidung nehmen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. zu prüfen, ob Eltern künftig die Möglichkeit eingeräumt werden kann, das Geschlecht eines neu geborenen Kindes nicht mehr zwingend mit „weiblich“ oder „männlich“ anzugeben, solange die geschlechtliche Identität des Kindes nicht entschieden ist,
2. für Erziehungsberechtigte von intersexuellen Kindern und für die betroffenen Kinder und Erwachsenen entsprechende Beratung sicherzustellen,
3. zu prüfen, wie Lehrkräfte für das Thema Intersexualität sensibilisiert werden können, und wie dies im Rahmen des Schulunterrichts verankert werden kann,
4. sich im Dialog mit den zuständigen Bundes- und Landeskammern der Ärzte und Psychotherapeuten, den Hebammenverbänden sowie den Krankenhäusern in Bremen und Bremerhaven (speziell kinder- und jugendmedizinischer Bereich) dafür einzusetzen, dass das Thema Intersexualität verstärkt im Rahmen von Fort- und Weiterbildungsangeboten berücksichtigt wird und

5. sich auf Bundesebene für die Beseitigung jeglicher rechtlicher Diskriminierung intersexueller Menschen einzusetzen.

Björn Fecker, Doris Hoch,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Thomas Ehmke, Winfried Brumma,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Rita Mohr-Lüllmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Monique Troedel,
Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE

Dr. Oliver Möllenstädt und Fraktion der FDP